



**Peter Wichtel**

*Unsere Stimme in Berlin*

**CDU**

## Berlin Aktuell

04/2015 – 24.04.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,

die heute beendete Sitzungswoche des Deutschen Bundestages hat insbesondere im Zeichen der Ergebnisse der jüngsten gemeinsamen Tagung der Fraktionsspitzen in Göttingen gestanden.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zu den Plänen bezüglich der Verbindungsdatenspeicherung lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen aus Berlin

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Fraktionsführungen mit Göttinger Signal



(© CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Wir können eine **positive Bilanz der gemeinsamen Tagung der Fraktionspitzen in Göttingen** ziehen. Vor allem die Bekämpfung der Kriminalität ist unserer Fraktion wichtig. Deswegen werden wir die Absetzbarkeit von Investitionen in Sicherheitstechnik sowie weitere Fördermöglichkeiten und Änderungen im Bundesrecht prüfen. Und es sollen die Zuschüsse und zinsgünstigen Kredite im Rahmen

der KfW-Programme aufgestockt werden. Zudem wird der Organisierten und der Rocker-Kriminalität der Kampf angesagt. Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter sollen gestärkt werden. Und: Der Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften vor gewalttätigen Übergriffen wird ausgebaut.

Außerdem wollen wir den Innovationsstandort Deutschland weiter ausbauen. Wir wissen, dass Schlüsselkompetenzen wie die IT-Sicherheit, Mikroelektronik, Sensorik, sowie Maschinen- und Produktionssteuerung gefördert werden müssen. Zudem sollen Startups durch Starthilfen wie Gründungsfinanzierung und Gründungscoaching aktiver als bisher gefördert werden. Besonders junge Unternehmen brauchen bessere Voraussetzungen, um zu wachsen. Außerdem haben wir die Weiterführung der sogenannten Exzellenzinitiative – die Förderung der Spitzenforschung an ausgewählten Hochschulen – beschlossen: Mindestens 4 Milliarden Euro werden wir dafür in den Jahren 2018 bis 2028 aufwenden.

Ein weiterer Göttinger Beschluss hilft Alleinerziehenden. Rund 20 Prozent aller Familien bestehen mittlerweile aus einem alleinerziehenden Elternteil und den Kindern. Diese besondere Lebenssituation wollen wir besser berücksichtigen und deswegen Alleinerziehende steuerlich stärker entlasten und ihren Freibetrag anheben: Von bislang 1.308 Euro um 600 Euro monatlich auf 1.908 Euro.

Auch soll ein neuer Gesetzentwurf aus dem unionsgeführten Gesundheitsministerium die Unterstützung der Hospize und den Ausbau der Versorgung mit Palliativmedizin wie im Koalitionsvertrag vereinbart nun umsetzen. Allen Menschen in Deutschland sollen die Hospiz- und Palliativversorgung zur Verfügung stehen.

## Verbindungsdatenspeicherung kommt

Unsere Koalition kann mehr, als nur den vereinbarten Politikfahrplan Schritt für Schritt und Satz für Satz umsetzen. So können wir durch die Beharrlichkeit und die klugen Vorschläge von Bundesinnenminister Thomas de Maizière jetzt endlich die lange blockierte Frage der Verbindungsdatenspeicherung auflösen. Die nun vorgelegten Leitlinien kombinieren zeitlich und inhaltlich eng begrenzte Speicher-



(© Bundesbildstelle)

fristen mit sehr strengen Abrufregelungen. So werden die Ziele der Verbrechensbekämpfung mit hohen Standards beim Datenschutz in Einklang gebracht. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes werden dabei eingehalten. Künftig werden auch in der digitalen Welt Spuren gesichert werden können, damit wir Kinderpornographie, Terrorismus und organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen können.

Weiterführende Informationen zum Thema Verbindungsdatenspeicherung finden Sie sowohl auf den Seiten des Bundesministeriums des Innern unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) als auch auf der Homepage des Bundesjustizministeriums unter [www.bmjv.de](http://www.bmjv.de).

## Aktuelles aus dem Plenum

Um den Verbraucherschutz beim Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen zu stärken haben wir das **Kleinanlegerschutzgesetz** in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Dabei werden Gesetzeslücken geschlossen und die Anforderungen an die Anbieter und Vermittler solcher Anlagen verschärft – unter anderem durch verstärkte Sanktionen bei Fehlverhalten und



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

die Verbesserung der bereitgestellten Informationen. Diese erhöhte Transparenz hilft dabei, dass Anleger sich künftig zielgerichteter informieren und Risiken besser einschätzen können. Für die Finanzierung sozialer Projekte, gemeinnütziger Körperschaften, Religionsgemeinschaften und Genossenschaften schaffen wir Ausnahmetatbestände, um zu verhindern, dass die Maßnahmen zum Schutz von Kleinanlegern sozialem Engagement entgegenstehen.

Mit dem **Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG-Änderungs-gesetz)**, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, setzen wir die Resolution der Vereinten Nationen vom 24. September 2014 in deutsches Strafrecht um. Wir ergänzen damit das bestehende Instrumentarium hinsichtlich der Strafbarkeit einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Insbesondere werden Voraussetzungen dafür geschaffen, Dschihadisten, die sich bewaffneten Kämpfern im Ausland anschließen wollten, wirkungsvoll verfolgen und inhaftieren zu können. Gleiches gilt für den Versuch einer Reise, wenn diese in der Absicht unternommen wird, eine schwere staatsgefährdende Straftat zu begehen oder eine solche vorzubereiten. Schon die Absicht, sich in einem Terrorcamp ausbilden zu lassen, ist strafbar. Zudem werden die Vorschriften gegen die Finanzierung terroristischer Straftaten in einer neuen Norm zusammengefasst.

## Daten und Fakten

**Berufsausbildung ist lohnende Investition.** Auszubildende kosten Betriebe je nach Berufsgruppe bis zu 9.000 Euro pro Jahr. Zieht man die von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge von den Bruttokosten ab, so kostete ein kaufmännischer Auszubildender im Ausbildungsjahr 2012/2013 seinen Betrieb rund 3.500 Euro. Bei Auszubildenden technischer Berufe beliefen sich die Kosten auf rund 8.900 Euro. Die Differenz erklärt sich durch die vergleichsweise höhere Vergütung technischer Berufe und die häufig nötigen längeren Einweisungszeiten an teuren Maschinen. Dennoch lohnt es sich für Unternehmen, Auszubildende einzustellen und nach ihrer Ausbildung weiter zu beschäftigen: Die externe Besetzung einer Stelle kostet Unternehmen durchschnittlich 8.700 Euro, vom Bewerbungsverfahren bis zur Einarbeitung. Entsprechend ist für 80 Prozent der ausbildenden Unternehmen in Deutschland die Qualifizierung von Fachkräften, die langfristig im Betrieb eingesetzt werden können, ein tragender Grund für ihr Ausbildungsengagement.

(Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung)

**BRICS-Staaten sind wichtige Wirtschaftspartner.** Der langjährige Wirtschaftsboom der sog. BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) hat der deutschen Exportwirtschaft gute Geschäfte beschert. Die deutschen Warenexporte in diese Länder hatten im Jahr 2000 lediglich einen Wert von 27 Milliarden Euro betragen. 2014 waren es 131 Milliarden Euro. Diese enorme Steigerung entspricht zugleich einer Zunahme von 4,5 auf 11,5 Prozent der Gesamtexporte. Den größten sektoralen Anteil hatte der Fahrzeugbau mit 27 Prozent, gefolgt vom Maschinenbau (26 Prozent). Die Bedeutung der einzelnen BRICS-Staaten für Deutschland ist jedoch sehr unterschiedlich. China und Russland ragen heraus und erklären den größten Teil des Exportwachstums seit dem Jahr 2000. Obwohl sich Chinas Konjunktur seit 2010 abkühlt und die chinesische Wirtschaft im Jahr 2014 um 'nur' noch 7,4 Prozent gewachsen ist (zuvor: über 10 Prozent), behauptet sich die deutsche Exportwirtschaft. So sind die Exporte nach China auch nach 2010 weiter stark gewachsen. Anders ist die Lage beim Handel mit Russland. Verursacht durch die russische Wirtschaftskrise und die 2014 verhängten Sanktionen sind die deutschen Exporte nach Russland seit 2012 stark rückläufig.

(Quelle: KfW Research)

**Impressum**

Peter Wichtel MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

**Redaktion**

Christoph Schmid

**Bildnachweis**

Seite 2 – CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Seite 3 – Bundesbildstelle  
Seite 4 – Andreas Hermsdorf/pixelio.de